

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Anton Friesen, Jürgen Braun, Waldemar Herdt, Volker Münz und der Fraktion der AfD

Angriffe auf christliche Einrichtungen und Christen

Gläubige Christen haben in erheblichem Maße auch in Deutschland unter Gewalt und Gewaltandrohung zu leiden (s. Bundestagsdrucksache 19/10483). Hierfür gibt es nach Ansicht der Fragesteller eher zunehmende Belege, ebenso wie für nicht legitimen Druck christenfeindlicher Akteure auf Christen (<https://www.intoleranceagainsthristians.eu/index.php?id=12&case=4304>; <https://www.intoleranceagainsthristians.eu/index.php?id=12&case=4175>; <https://www.intoleranceagainsthristians.eu/index.php?id=12&case=4193>).

Doch nicht nur Christen, sondern auch christliche Einrichtungen wie Kirchen und Friedhöfe stehen nach Auffassung der Fragesteller zunehmend im Visier christenfeindlicher Akteure. Die Täter werden im überwiegenden Fall nicht ermittelt (Antwort zu den Fragen 1 und 2 auf Bundestagsdrucksache 19/25677).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019 und 2020 die Schäden an christlichen Einrichtungen in Deutschland, welche durch Angriffe (z. B. Sachbeschädigungen) oder sonstige Gewalteinwirkungen zustande kamen (bitte nach Jahresscheiben und Ort aufschlüsseln)?
2. Wie erklärt sich nach Ansicht der Bundesregierung die nach Ansicht der Fragesteller relativ geringe Aufklärungsquote christenfeindlicher Straftaten (vgl. Antwort zu Frage 1b auf Bundestagsdrucksache 19/25677)?
3. Wie viele Asylbewerber haben sich in den Jahren 2019 und 2020 nach Kenntnis der Bundesregierung zum christlichen Glauben bekannt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Schutzquote für zum Christentum konvertierte Asylbewerber in den Jahren 2019 und 2020 (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
5. Erwägt die Bundesregierung, Vandalismus an und in Kirchen statistisch vom Bundeskriminalamt erfassen zu lassen (<https://www.presseportal.de/pm/133833/4494762>; wenn nein, bitte begründen)?

Berlin, den 19. Januar 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

